



Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • 11030 Berlin

Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
- Parlamentssekretariat -
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Datum: Berlin, 09.03.2018
Seite 1 von 1

Norbert Barthle, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2100
FAX +49 (0)30 18-300-2119

psts-ba@bmvf.bund.de
www.bmvf.de

Kleine Anfrage der Abgeordneten Stefan Schmidt, Sven-Christian
Kindler, Dr. Danyal Bayaz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend
„Pläne der Bundesregierung zum kostenlosen ÖPNV“
- Drucksache 19/905

Anlagen: Antwort der Bundesregierung auf die oben bezeichnete
Kleine Anfrage

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

als Anlage übersende ich die Antwort der Bundesregierung auf die
oben bezeichnete Kleine Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stefan Schmidt, Sven-Christian Kindler, Dr. Danyal Bayaz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend
„Pläne der Bundesregierung zum kostenlosen ÖPNV“
- Drucksache 19/905

- Frage 1:** *Mit welchen Kosten rechnet die Bundesregierung bei ihren Überlegungen, den ÖPNV bundesweit kostenlos anzubieten?*
- Frage 2:** *Durch welche konkreten Finanzierungsmaßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, dass eine bundesweite Einführung nicht zu einer Mehrbelastung für Länder und Kommunen führt (bitte auf Länder und Kommunen gesondert eingehen) und unter welchem Haushaltstitel sollen diese Maßnahmen in den Bundeshaushalt aufgenommen werden? Welche konkreten Instrumente und Gesetzesinitiativen sind hier geplant oder im Gespräch?*
- Frage 3:** *Welches Ressort ist bei der Planung einer probeweisen und gegebenenfalls bundesweiten Einführung eines kostenlosen ÖPNV federführend?*
- Frage 4:** *Sind weitere Ressorts bei der Planung einer probeweisen und gegebenenfalls bundesweiten Einführung eines kostenlosen ÖPNV eingebunden?*
- Frage 5:** *Mit welchen Kosten für die von der Bundesregierung geplante Einführung eines kostenlosen ÖPNV-Angebots in den fünf ausgewählten Städten rechnet die Bundesregierung und aus welchen Haushaltstiteln des Bundeshaushaltes sollen diese finanziert werden (bitte tabellarisch nach Städten und Haushaltstitel angeben)?*
- Frage 6:** *Durch welche konkreten Finanzierungsmaßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Erprobung in den fünf ausgewählten Städten nicht zu einer Mehrbelastung für die jeweiligen Länder und Kommunen führt?*
- Frage 7:** *Welche Vereinbarungen über die Finanzierung der Erprobung wurden mit den fünf ausgewählten Städten und den jeweiligen Ländern getroffen?*
- Frage 8:** *Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung der Investitionsbedarf in den ÖPNV in den fünf ausgewählten Städten, um sicherzustellen, dass ein zu erwartender Anstieg der Fahrgastzahlen nicht zu einer Überlastung des ÖPNV führt (bitte für die Städte einzeln angeben)?*

Antwort:

Die Fragen 1 bis 8 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Am 26. Februar 2018 fand ein erstes Abstimmungsgespräch mit Vertretern der im Schreiben an EU-Kommissar Vella benannten Modellstädte statt. Dabei wurden erste Vorschläge zu möglichen Maßnahmen, die in den Modellstädten erprobt werden sollen, erörtert. Auch das Thema eines kostenlosen ÖPNV wurde besprochen. Gemeinsam mit den Städten besteht die Auffassung, dass es in tariflicher Hinsicht in den Modellstädten eine Reihe vielversprechender Ansätze für eine verstärkte ÖPNV-Nutzung gibt. Diese sollen nun weiter konkretisiert werden. Erst wenn die einzelnen Maßnahmen konkretisiert sind, können weitere Angaben gemacht werden.

Im Übrigen wird insbesondere auf die Antworten der Bundesregierung auf die Fragen 24, 27, 38, 39 40 auf Bundestagsdrucksache 19/776 im Plenarprotokoll 19/13 sowie auf die Antwort der Bundesregierung auf die Frage Nr. 73 auf Bundestagsdrucksache 19/887 verwiesen.